

**Sammlungsbewegung von rechts und antisemitische
Bauernbataillone - Bemerkungen über Sozialstruktur,
Klassenbildung, Reichstagskandidaten und Mehrheitsbeschaffung in
der Stichwahl in den Wahlkreisen Friedberg-Büdingen und Gießen-
Grünberg-Nidda zwischen 1890 und 1912**

Von Michael Keller

Die beiden Wahlkreise

Von der Ferne gesehen waren Friedberg-Büdingen und Gießen-Grünberg-Nidda zwei ländliche Wahlkreise in der Provinz Oberhessen des Großherzogtums Hessen, doch greift diese Kennzeichnung zu kurz, um die Unterschiede innerhalb und zwischen den Regionen in Einwohnerzahl, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu erklären. Herausgehoben unter den Städten Oberhessens mit mehr als 25 000 Einwohnern 1910 die Verwaltungs-, Universitäts- und Industriestadt Gießen, die damit über ein Wählerpotential verfügte, das lange Jahrzehnte den Wahlkreis dominiert hatte, bis ab 1890 die Mobilisierung des flachen Landes die Machtfrage neu stellte. Weit dahinter folgten die Kreis- und Schulstadt Friedberg mit 8852 Einwohner, dann eine Handvoll Landstädte und einige größere Arbeiterwohngemeinden mit 1000 bis selten 5000 Einwohnern, zuguterletzt die Vielzahl der Landwirtsgemeinden und Bauerndörfer mit kaum 1000 - oft nur einigen hundert - Einwohnern. Unter den Städten und größeren Gemeinden gab es Industrieorte wie Wieseck und Ober-Schmitten -auch Bad Nauheim war als Sitz einer Badeindustrie mit einem Heer von Kellner, Zimmermädchen und Waschfrauen diesem Typ verpflichtet -, Arbeiterwohngemeinden im Einzugsbereich der benachbarten Industrieregionen wie Vilbel oder Oberau weiterhin eine ganze Anzahl von Landstädtchen wie Lich, Gedern, Grünberg und Nidda. Ähnlich differenziert war das Bild unter den ländlichen Gemeinden; die auf die Versorgung der benachbarten Industrieregionen ausgerichteten Landwirtsgemeinden wie Nieder-Wöllstadt und Rodheim v.d.H. trennten Welten von den abgelegenen Bauerndörfern am Rande des Taunus wie Bodenrod oder des Vogelsbergs wie Michelau. In den Dörfern und kleineren Gemeinden waren fast alle Reichstagswähler - ausschließlich Männer ab 25 Jahre - evangelisch, nur im Kreis Friedberg gab es einige katholische Dörfer. In den Städten Gießen und Friedberg bestanden größere jüdische und katholische Gemeinden, während die meisten Dörfer ohne Juden und Katholiken waren, wenige jeweils eine Handvoll, selten mehrere Dutzend, Katholiken oder Israeliten aufwiesen.

Ländlich bedeutete seit alters her aber auch noch um die Jahrhundertwende für die bäuerliche Ökonomie höchst Unterschiedliches; erzielte der Landwirt in der Getreideebene der Wetterau das Sechzehnfache der Aussaat, erlöste der Bauer im Hohen Vogelsberg mit dem dreifachen Ertrag unter betriebswirtschaftlichen Kriterien nicht

einmal den Gegenwert der eingesetzten Arbeit. Und wie sehr ortsbezogen gesellschaftliche Einschätzungen damals noch waren, mag eine zeitgenössische Quelle deutlich machen, die darauf hinwies, daß "Bauern, die im Odenwald 30 Morgen Land haben, dort Kleinbauern sind; ... in der Wetterau dagegen ist man mit 30 Morgen schon ein tüchtiger Bauer. Wer im Vogelsberg 6 Kühe hat, ist aber kein besonderer Bauer, eher ein kleiner Mann, wenn er aber in der Wetterau 6 Kühe hat, so ist er schon ein ordentlicher Mann."¹ Die Unterschiede zwischen den Konfessionen wie unter der ländlichen Bevölkerung, ob Landwirt mit Zukunft oder deklassierter Kleinbauer, unter den Arbeitern, ob auf dem Land wohnend und dort abhängig arbeitend oder dort wohnend und in der Stadt arbeitend, wie zwischen Bürger und Bauern - ganz zentral der sich ständig verschärfende Stadt-Land-Konflikt - waren ausschlaggebend dafür, daß keiner der Reichstagskandidaten schon in der Hauptwahl die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. In den Jahrzehnten seit der Reichsgründung hatten in Gießen-Grünberg-Nidda die konservativen und liberalen Bürger der Städte und die Notabeln des Landes als Wähler der Freikonservativen, der Nationalliberalen und der Freisinnigen das Reichstagsmandat unter sich ausgemacht; 1890 traten die protestantischen Bauern, organisiert bei den Antisemiten wie später im Landvolk, hinzu, und stärker und stärker wurden die Sozialdemokraten mit ihrer Wählerschaft aus gewerblichen Arbeitern. Katholiken spielten in diesem Wahlkreis keine Rolle. In Friedberg-Büdingen hatte sich das politische Spektrum ebenfalls seit 1890 verändert. Zu Nationalliberalen und Linksliberalen traten 1893 der Bund der Landwirte und die Antisemiten hinzu und von Wahl zu Wahl erstarkte auch hier die Sozialdemokratie.

Die Reichstagswahlen als Fieberkurve des ländlichen Klassenkampfes

Für alle Parteien und Bündnisse waren die Ergebnisse der Reichstagswahlen Abstimmungen über die Stimmung im Reich gleichzeitig aber Gradmesser für die Formierung und Mobilisierung ihrer Anhänger vor Ort. Dies galt insbesondere dann, wenn außerhalb des Turnus von fünf Jahren aufgrund des Todes von Reichstagsabgeordneten Ersatzwahlen notwendig wurden, so 1910 in Friedberg-Büdingen durch den Tod Waldemar Graf Oriolas und 1911 in Gießen-Grünberg-Nidda durch den Tod von Köhler=Langsdorf. Allen Parteien gaben Ersatzwahlen die Möglichkeit, die Politik der Regierung zwischen den Wahlen zu überprüfen. Und - ganz entscheidend - in Ersatzwahlen erprobten die Parteien die Tragfähigkeit neuer Strategien im kleinen Rahmen, bevor sie diese auf das Reich übertrugen. Deshalb waren Ersatzwahlen nicht nur von regionalem sondern - wie es die Vielzahl der Zeitungskommentare über den

1 So in einer Landtagsdebatte als Replik auf die globale Unterscheidung der Sozialdemokraten zwischen Herren- und Arbeitsbauern einer der antisemitischen Landtagsabgeordnete, Otto Hirschel, in: Deutsche Volkswacht 4.3.1903

Wahlausgang von 1910 in Friedberg-Büdingen zeigte, von nationalem, reichsweitem Interesse.

Das galt ähnlich auch 1911, als in Gießen-Grünberg-Nidda die Linksliberalen das Experiment wagten, mit dem "Bauernpastor" Korell, erstmals wieder getrennt von den Nationalliberalen, in die Wahl zu ziehen. Die vehementen Bemühungen der Linksliberalen um die Stimmen des flachen Landes scheiterten. Alleine auf sich gestellt, bestanden keine Aussichten für eine der beiden bürgerlichen Parteien, die Stichwahl in diesem Wahlkreis zu erreichen. 1912 hatte beide aus dieser Erfahrung gelernt und formierten mit der Kandidatur eines führenden Mitglieds des Hansabundes, des Bündnisses des gewerblichen und industriellen Mittelstandes, in Gießen-Grünberg-Nidda das bürgerliche Lager gegen die Agrarier und die Deutschvölkischen.

Für die Antisemiten, die reichsweit auf regionale Schwerpunkte beschränkt waren, im Reichstag nur selten Fraktionsstärke erreichten, waren Reichstagswahlen weniger unter dem Gesichtspunkt praktischer Politik von Bedeutung, dazu diente ihnen im Großherzogtum der Landtag, als dazu, Auskunft über den Stand der Bewegung auf dem Lande zu erhalten und reichsweit ihren Protest zu formulieren.

In beiden Wahlkreisen kam es, da keine der Parteien innerhalb des bürgerlichen wie bäuerlichen Lagers oder die Sozialdemokraten mit ihrer Anhängerschaft alleine die notwendige Mehrheit herbeiführen konnte, in allen Wahlen zwischen 1890 und 1912 zu Stichwahlen. Für die politischen Gruppierungen konservative Nationalliberale in Friedberg-Büdingen, wirtschaftsbürgerliche Nationalliberale in Gießen-Grünberg-Nidda, Freisinn/Fortschritt/National-Soziale, Bund der Landwirte (in Friedberg-Büdingen zusammen mit den rechten Nationalliberalen, in Gießen zuerst mit den Nationalliberalen, später mit den Antisemiten), Antisemiten, Sozialdemokraten, vereinzelt auch Konservative und Zentrum bedeutete dies eine Gratwanderung, einerseits die eigene Anhängerschaft in der Hauptwahl zu mobilisieren, andererseits die Auseinandersetzungen zwischen den Kandidaten und in der Programmatik nicht so zu eskalieren, daß sie zur Stimmenthaltung der unterlegenen Wähler des eigenen Lagers in der Stichwahl führte. Beispiele für den negativen wie positiven Ausgang dieser Gratwanderung gab es in den beiden Reichstagswahlkreisen.

In Friedberg-Büdingen ging Waldemar Graf Oriola 1890 bei seiner ersten Kandidatur für die Nationalliberalen mit den weitaus meisten Stimmen aus der Hauptwahl hervor. In diesem Jahr des eruptiven Ausbrechens der antisemitischen Bewegung war es deren Anhängern nicht zu vermitteln, einen Nationalliberalen zu unterstützen. In der nationalliberalen Kandidatur Oriola verkörperte sich all das, was den Antisemiten ver-

haßt war, Konservatismus, Regierungsfreundlichkeit, enge Beziehungen zu Juden. Ergebnis war, daß die ausbleibende Unterstützung dem Kandidaten des Freisinns, dem Gießener Rechtsanwalt Dr. Gutfleisch, den Sieg in der Stichwahl brachte, der die Stimmen der Freisinnigen, der Zentrumswähler wie der Sozialdemokraten auf sich vereinigen konnte.

Ähnlich 1911 in Gießen-Grünberg-Nidda; in der Hauptwahl hatten der Deutschvölkische Dr. Werner und der Sozialdemokrat Beckmann den nationalliberalen Kandidaten hinter sich gelassen. Das bedeutete, da der Sozialdemokrat die Unterstützung der linksliberalen Fortschrittspartei erhielt, daß in der Stichwahl der deutschvölkische Kandidat auf die Unterstützung der Nationalliberalen angewiesen war. Diese hatten Werners unter die Gürtellinie gehenden Wahlkampfeinsatz von 1907, geprägt von wüsten Beschimpfungen und Verunglimpfungen gegen die Nationalliberalen, nicht vergessen, so daß sie sich zunächst für Stimmenthaltung ausgesprochen hatten. Erst die unverhohlene Drohung, daß die Antisemiten dann in den benachbarten Wahlkreisen bei der in Kürze turnusmäßig anstehenden Reichstagswahl nationalliberalen Stichwahlkandidaturen keine Unterstützung zukommen lassen würden, konnte die Gießener Nationalliberalen zur Änderung ihrer Haltung bewegen. Ein weiteres Beispiel war die Übernahme der in Gießen-Grünberg-Nidda erfolgreichen Strategie der Bauernbataillone auf Friedberg-Büdingen bei der Ersatzwahl von 1910. Über das Ergebnis wird später ausführlicher zu berichten sein.

Sammlungsbewegung von rechts oder antisemitische Bauernbataillone - Zwei Strategien der Mehrheitsbeschaffung in der Stichwahl

Wie man das enge Korsett der eigenen Partei sprengen konnte, für breitere Kreise als Person und in der Programmatik akzeptabel wurde und deren Unterstützung in der Stichwahl fand, zeigt der politische Werdegang Waldemar Graf Oriolas, des erfolgreichen Reichstagsabgeordneten von Friedberg-Büdingen, in der Zeit zwischen 1890 bis 1910.² Der den Nationalliberalen zugehörige Graf schuf sich im Verlaufe dieser zwanzig Jahre gegen den Trend der Zeit, der zuungunsten seiner Partei verlief, mehr und mehr eine deutliche Mehrheit in den Stichwahlen durch Aufbau und Festigung einer Sammlungsbewegung von rechts. Der Erfolg des Grafen beruhte nicht, wie dies sein Name vermuten lassen könnte, auf Adelstitel oder Adelsmacht, wie dies in anderen Wahlkreisen Oberhessens, im Junkerland der Riedesel in und um Lauterbach

² Michael Keller, Waldemar Graf von Oriola 1854-1910. Ein konservativer Agrarier zwischen Büdesheim, Darmstadt und Berlin, in: Gemeinde Schöneck (hrsg.), Büdesheim 817-1992, o.O. (Schöneck in Hessen) o.J. (1992), S. 299ff.

oder bei den Grafen in Schlitz noch immer der Fall sein mochte. In Friedberg-Büdingen gab es Junkermacht zwar im feudal geprägten Büdinger Land, allerdings auch rote Mehrheiten in der Stadt Büdingen, solange dort eine Glasfabrik bestand, wie kleinbäuerliche Wählerstimmen für Antisemiten und später Sozialdemokraten gegen die fortgesetzten Landaufkäufe des Fürstenhauses. Weitaus moderner und umfassender waren die Grundlagen des Systems Oriola; sie beruhten auf der Formierung einer Sammlungsbewegung von rechts, die einerseits, wie gehabt, geführt wurde von den konservativen und reaktionären Führungseliten des flachen Landes wie der Städte, andererseits, und das war neu gegenüber dem Bismarckreich, eine breite Wählerschaft aus rechtspopulistischen und reaktionären Verbänden und Vereinen des Wahlkreises auf sich vereinigte. Die Gefolgschaft des gemeinen Mannes war ausreichend, um Wahlen bis 1890 zu gewinnen, mit der Herausforderung der Nationalliberalen durch die reformerischen Bewegungen der Antisemiten und der Sozialdemokraten mußten auch diese eine Massenbasis finden.

Diese Sammlungsbewegung von rechts umfaßte mehr als nur Bürger und Bauern; sie war in ihrer Basis nicht wie die Sozialdemokraten fast ausschließlich auf gewerbliche Arbeiter, oder wie bei den Antisemiten auf die "Bauernbataillone" beschränkt, sondern als rechtspopulistische Sammlungsbewegung diesen in der umfassenden Ansprache breiter Bevölkerungskreise immer einen Schritt voraus. Entscheidend für den Erfolg dieser Sammlungsbewegung war einerseits 1893 das Bündnis von städtischen nationalliberalen und ländlichen bündlerischen Konservativen und andererseits das Zusammengehen der anfänglich rebellischen, später renitenten ländlichen Massenbewegung der Antisemiten mit den konservativen Agrariern vom Bund der Landwirte 1904, dessen Landesvorsitzender Graf Oriola war. Oriola blieb zwar den bäuerlich-ackerbürgerlich orientierten Antisemiten immer verdächtig, da er ohne Zweifel zu den großen Herren gehörte, aber sie wählten ihn spätestens in der Stichwahl, wenn auch zähneknirschend und "mit der Faust im Sack", weil die Sozialdemokraten seit 1898 nur noch in der Gemeinsamkeit der Sammlungsbewegung zu schlagen waren. Die ständig steigende Beteiligung an den Reichstagswahlen von 1893 bis 1912 in Friedberg-Büdingen zeigte die Mobilisierung der Wähler; das Ergebnis der Einbeziehung immer breiterer Volkskreise in den politischen Prozeß im Wirkungsbereich des Grafen war allerdings zunächst nicht die Demokratisierung des überkommenen Systems sondern mit den Mitteln des Reichstagswahlrechtes die Ablehnung von Demokratie und Sozialreform. Es gab Vorbilder, Vergleichbares im Reich für die Entwicklung, die sich in Friedberg-Büdingen vollzogen hatte. Der ursprünglich auch auf einer exklusiven adligen Elite beruhenden freikonservativen Partei in Preußen hatte der Bund der Landwirte seit 1893 eine Massenbasis geschaffen. Dies vollzog sich ähnlich in Friedberg-Büdingen, hier allerdings unter nationalliberaler Flagge, hinter der sich ein konservativ-agrarisches Bündnis aus dieser Partei und dem Bund der Landwirte verbarg.

Die Sammlungsbewegung von rechts, die sich noch nicht in der Hauptwahl zusammenfand, ging somit weit über ihre politische Speerspitze aus den national-liberalen Komitees der Städte und der Wahlkreisorganisation des Bundes der Landwirte auf dem Land hinaus, bezog umfassend Parteien ein, so bäuerliche Antisemiten und katholisches Zentrum, dazu Verbände und Vereine, die sich in der Stichwahl zwischen Oriola und dem Sozialdemokraten Heinrich Busold auf die Bürgerkriegsparole des Kampfes für Kaiser und Reich und der Vernichtung der Sozialdemokratie einigen konnten. Die nationalliberale Partei war im Gegensatz zur Sozialdemokratie an Mitgliedern schwach, blieb Honoratiorenpartei; stark war dagegen die Anzahl ihrer Sympathisanten in den diversen Vorfeldorganisationen. Im gesellschaftlichen Vorfeld agierten die Militär- und Veteranenvereine, die Turngemeinden sowie die Gesangvereine, agitierten die auf die Städte beschränkten patriotischen Vereine, der Deutsche Flottenverein, der Kolonialverein und am aggressivsten in seiner Agitation, der Alldeutsche Verband, deckten die Vereinigten Landwirte von Frankfurt und Umgebung mit ihren Ortsgruppen noch das letzte Dorf in der Wetterau ab. Die konservativen katholischen Wähler reihten sich hinter ihren Kaplänen in die Reihen der Sammlungsbewegung ein.

Seine stärkste Bastion hatte Oriola, der Graf ohne Militärdienst, in der Kriegerkameradschaft Hassia, die die zahlreichen Krieger- und Veteranenvereine landesweit zu sammeln und politisch zu instrumentalisieren verstand. Die Krieger- und Veteranenvereine erstreckten sich flächendeckend über das gesamte Großherzogtum, waren damit innerhalb der Sammlungsbewegung von rechts die Klammer zwischen den ansonsten auseinandertriftenden Städten und dem flachen Land. Die Kriegerkameradschaft Hassia faßte allein im Bezirk Butzbach-Bad Nauheim 27 Vereine mit 2.367 aktiven und 229 passiven Mitgliedern zusammen, war damit auch vom Mitgliederpotential her ein echtes Gegengewicht zur Sozialdemokratie. Noch einmal das Muster: in der Hauptwahl kämpften - wenn auch beim Zentrum nur als Zählkandidatur - Nationalliberale, ab 1893 gemeinsam mit den Bündlern, gegen Antisemiten und Ultramontane, Freisinn/ Fortschritt/ National-Soziale und Sozialdemokraten, um den Einzug in die Stichwahl, in der Stichwahl traten alle konservativen wie agrarischen Kräfte gemeinsam und damit jeweils erfolgreich gegen den von den Linksliberalen unterstützten Sozialdemokraten an.

In Gießen-Grünberg-Nidda war dies anders, eine vergleichbare Sammlungsbewegung von rechts gegen die Sozialdemokratie formierte sich in diesem Wahlkreis nicht. Hier entwickelte sich die Auseinandersetzung um das Reichstagsmandat ab 1890 mehr und mehr zu einem Kopf- an- Kopf-Rennen zwischen den getrennt wie gemeinsam marschierenden rechten und linken Liberalen, Sozialdemokraten und Antisemiten. Der Sieg fiel bis auf 1903 den Antisemiten zu, zuerst 1890 dem Berliner Antisemiten

Pickenbach. Von 1893 bis 1903 und - nach der Niederlage 1903 - wiederum von 1907 bis zu seinem Tode im Januar 1911 vertrat der aus Langsdorf, einem Dorf zwischen Hungen und Lich, stammende Philipp Köhler den Wahlkreis und in den zwei dicht aufeinanderfolgenden Wahlen 1911 und 1912 gelang es dem deutschvölkischen Butzbacher Oberlehrer Ferdinand Werner wiederum den Wahlkreis einer Partei des antisemitischen Spektrums zu erhalten; der Sieg des national-liberalen Gießener Maschinenfabrikanten Heyligenstaedt, unterstützt vom Freisinn, 1903 blieb Episode.

Hier in diesem Wahlkreis mußten die gesellschaftlichen Strukturen wie die politischen Auseinandersetzungen in Person und Inhalt anders gewesen sein als in Friedberg-Büdingen. Siegte die Sammlungsbewegung von rechts in Friedberg-Büdingen 1893 in der Stichwahl über die bäuerlich-antisemitische Bewegung und von 1898 bis 1907 jeweils über die Sozialdemokraten, so kämpften in Gießen-Grünberg-Nidda drei Gruppierungen in der Hauptwahl um den Einzug in die Stichwahl: die "Bauernbataillone" der Antisemiten, ab 1907 Schulter an Schulter mit dem Bund der Landwirte, die weitgehend auf die Städte beschränkten Wähler der beiden liberalen Parteien und die Sozialdemokraten, die mehr und mehr die Stimmen der gewerblichen Arbeiterschaft in Stadt und Land auf sich zogen. Trotzdem den Antisemiten das Wählerpotential Gießens wie der Landstädte und der Industrieorte weitgehend verschlossen blieb, sie selten von Beamten, nur in geringem Umfang von städtischen Handwerkern und Kaufleuten, nur in Ausnahmefällen von Fabrik- und gewerblichen Arbeitern gewählt wurden, dominierten sie von 1890 bis zum Ersten Weltkrieg diesen Wahlkreis. Sie behaupteten sich in Gießen-Grünberg-Nidda im Unterschied zu Friedberg-Büdingen, wo sie nach dem Erreichen der Stichwahl 1893 weder 1898 noch 1907 ihren Kandidaten in die Stichwahl bringen konnten, 1903 nicht antraten. Diese Behauptung der Antisemiten war auch deswegen so außergewöhnlich, weil die Anzahl der städtischen Wähler in Gießen-Grünberg-Nidda deutlich höher war als in Friedberg-Büdingen oder gar in Alsfeld-Lauterbach-Schotten.

Noch einmal - in Friedberg-Büdingen führte ein konservatives Bündnis von Stadt und Land in der Stichwahl zum Sieg über den Sozialdemokraten; in Gießen ging der Weg zur Mehrheit nur über das antisemitische Lager, ab 1907 unterstützt, aber nicht dominiert vom Bund der Landwirte. Das antisemitisch-agrarische Land stand hier erfolgreich gegen zwei Lager - in der personalisierenden Sprache der Antisemiten - gegen die städtischen Kommerzienräte und Professoren wie das Proletariat. Die Antisemiten blieben in Gießen-Grünberg-Nidda nicht nur kurzlebige Protestbewegung sondern entwickelten sich zu einem gesellschaftlich-politischen Lager, zu einer regionalen Klasse mit festen Strukturen. Das Überleben der Antisemiten war auch insofern erstaunlich, wenn man bedenkt, daß das ursprüngliche Protestpotential aus von Verunsicherung in Status und Verarmung bedrohten Bauern aufgrund der großen

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr bestand und an deren Stelle wohlhabende Landwirte getreten waren.³ Was damit gemeint ist, verdeutlicht die Beschreibung der antisemitischen Hochburg Bettenhausen in der Hessischen Schulstatistik von 1910. Der Lehrer der örtlichen Schule brachte die gesellschaftlichen Verhältnisse des Dorfes mit seinen 350 protestantischen Einwohnern und ausschließlich antisemitischen Stimmen bei der Reichstagswahl 1912 so zu Papier: "In Bettenhausen nur Ackerbau, sehr wohlhabender Bauernstand; fast jeder Bauer fährt zweispännig; Kuhgespanne gibt es keine". Die antisemitische Behauptung war - nicht nur im Vergleich zu Friedberg-Büdingen - außergewöhnlich und verlangt nach Erklärung.

Zu dem erfolgreichen Konzept der konservativen Sammlungsbewegung von rechts trat in Gießen-Grünberg-Nidda auf dem Hintergrund einer noch näher zu beschreibenden gesellschaftlichen Situation wie eines sich deutlich in Herkunft, politischen Positionen und Strategien unterscheidenden Führungspersonals das Konzept der Bauernbataillone. Denn wie anders als in der unbedingten Mobilisierung der eigenen Anhänger gegen die Stadt, gegen Handel, Industrie und Arbeiterschaft sollten Pickenbach, Köhler und Werner zu ihren Mehrheiten in Haupt- und Stichwahl gekommen sein. Diese Mobilisierung gelang im Zusammengehen von politischem und praktischem Antisemitismus, von handfest antijüdischer Mobilisierung bei den Reichstagswahlen und ansonsten bäuerlich interessengebundener Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie sie sich im Genossenschaftswesen, in der Marktmachtbildung mit den "Milchkriegen" des Jahres 1910/11 zeigte. Die Antisemiten formierten die Menschen auf den Dörfern zum "Landvolk", das in die Reichstagswahlen zumeist Mann für Mann - über die Ausnahme von 1903 wird noch zu reden sein - als Bauernbataillone marschierte.

Die Strategie der allein in die Auseinandersetzung ziehenden Bauernbataillone wurde erstmals und einmalig 1910, in der durch den Tod Oriolas notwendig werdenden Ersatzwahl, vom Bund der Landwirte auf Friedberg-Büdingen angewandt. Am Grabe Oriolas hatten schon Vertreter der Parteien und Gruppierungen gestanden, die seine Nachfolge antreten wollten; darunter der künftige Reichstagskandidat des Bundes der Landwirte, Georg von Helholt. Der Bund der Landwirte und die Nationalliberalen stellten erstmals getrennt Kandidaten für die Hauptwahl auf. Der Wahlkampf im Mai und Juni 1910 konzentrierte sich auf die Auseinandersetzung zwischen dem Bewerber der erstmals verbündeten Freisinnigen und Nationalliberalen und dem Kandidaten des agrarisch-ultramontanen Blocks. Was sich in diesen beiden Monaten in den Wahlver-

3 Vgl. die Beschreibung der wirtschaftlichen Situation der Bauern in den antisemitischen Hochburgen in: H. Krapp, Hessische Schulstatistik, Gießen 1910. Deren Situation wird 1910 in 20 der 24 Hochburgen von den Lehrern mit der Einschätzung "wohlhabend" beschrieben, nur ein Dorf im Vogelsberg macht mit "geringem Wohlstand" eine Ausnahme.

sammlungen der beiden Kandidaten abspielte, ließ den Wahlkampf des Bundes der Landwirte als eine Art Aufstand des flachen Landes gegen die Stadt und als einen Bauernkrieg gegen den bürgerlichen Kandidaten, insbesondere gegen die ihn tragenden Parteien, erscheinen. Ein nationalliberaler Parteisekretär kennzeichnete nach der Niederlage seiner Partei den Wahlkampf des Bundes folgendermaßen: "Schon dieser kleine Ausschnitt aus dem widerwärtigen Bilde genügt, um die beispiellose Demagogie des Bundes der Landwirte zu brandmarken. Wenn man zukünftig ein Übermaß politischer Verhetzung kennzeichnen will, so bedarf man keiner Wendungen aus dem Wortschatze des Pöbels, sondern es genügt, zu sagen: Hier haben wir eine Agitation nach Art des Vorgehens des Bundes der Landwirte in Friedberg-Büdingen!"⁴

Diese Agitation hatte zwar die umfassende Mobilisierung der Wähler des flachen Landes zur Folge, wurde aber konterkariert von der weitgehenden Wahlenthaltung der bürgerlichen Wähler in der Stichwahl; das Resultat war der Sieg des Sozialdemokraten. Was die Uneinigkeit der ehemaligen Sammlungsbewegung von rechts konkret nach sich zog, zeigte sich beispielhaft in den Wahlergebnissen von Büdesheim, einem typischen Landort der südlichen Wetterau, schon nicht mehr Dorf aber auch noch nicht Arbeiterwohn- und Landwirtsgemeinde, in dem sich mehr und mehr organisiert Landwirte, die früheren Groß- und Mittelbauern, und Arbeiter, die vormaligen Tagelöhner und Landarmen, gegenüberstanden. In der Hauptwahl 1910 verteilten sich von den 188 Stimmen, die auf Oriola 1907 entfallen waren, 63 auf die Nationalliberalen und 97 auf den Bund der Landwirte. In der Stichwahl gelang es dem Kandidaten des Bundes der Landwirte, von Helmolt, nicht, die nationalliberalen Stimmen vollständig auf sich zu vereinen. Von Helmolt erhielt 135 Stimmen statt möglicher 160 und der Sozialdemokrat steigerte sein Ergebnis von 101 auf 122 Stimmen. Zwei Jahre später hatte man aus diesem Debakel gelernt. Die Bauernbataillone reihten sich wieder in die Sammlungsbewegung ein, die nach dem Vorbild Oriolas einen Kompromißkandidaten aufgestellt hatte, der den Sozialdemokraten den Wahlkreis wieder entriß.

Protest von unten und konservative Mobilisierung - Die Spaltung des flachen Landes in Antisemiten und Bündler

Die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts sahen in Oberhessen über den antisemitischen Protest die Emanzipation des Landes aus der bürokratischen und politischen Herrschaft der Städte. Der politische und praktische Antisemitismus Böckelscher und Köhlerscher Machart gab oberhessischen Bauern neues Selbstbewußtsein, das sie in Volksversammlungen und massenhaft ab 1890 an der Wahlurne bekundeten. Eine bäuerliche Bewegung von unten hatte sich formiert, zuerst als Pro-

4 Friedberger Neue Zeitung 18.6.1910, ausführlich zur Reichstagsnachwahl Michael Keller, a.a.O., S. 204

testbewegung, später als regionale Klasse, angeführt von Angehörigen traditioneller ländlicher Führungsschichten mit Unterstützung städtischer Intellektuellen. Beispielhaft zeigte dies die Zusammensetzung des Vorstandes des Mitteldeutschen Bauernbundes mit den Bauern Köhler, Fenchel, Mettenheimer und Philippi und den städtischen Unterstützern Hirschel und Bindewald.⁵ Ihr Protest richtete sich gegen die alten, jetzt um ihre Behauptung ringenden städtischen und ländlichen Führungsgruppen aus Konservativen, Rechts- und Linksliberalen, die sich gesellschaftlich aus Adligen, städtischen Honoratioren wie ländlichen Notabeln und Mitgliedern der Dorfbourgeoisie zusammensetzten. Die antisemitische Bewegung in Oberhessen war gerade in ihren Anfangsjahren in ihrer Zielrichtung wie in ihren Führungspersonen vielleicht anti-modern aber grundsätzlich anti-konservativ, anti-liberal wie sozialreformerisch zumindestens im Vokabular.⁶ Die Absage an die konservativen Parteien wurde deutlich in der Satzung des Mitteldeutschen Bauernbundes, in der es hieß, "keine einzige der bestehenden alten Parteien ist als der Sache des kleinen und mittleren Bauern auf volksfreiheitlicher wirklich fördernde politische Organisation aufzufassen und auch der Bund der Landwirte ist, wenigstens in Hessen, als eine mit Mißtrauen aufzunehmende Einrichtung zu betrachten, so lange er als eine neue Verkleidung des absterbenden Nationalliberalismus sich gebrauchen läßt."⁷ Nichts anderes fand sich beim politischen Arm der Antisemiten, der deutsch-sozialen Reformpartei, formuliert. Die Reformer (!) kämpften in ihren Bemühungen um den Bauernstand, für äußerste politische Freiheit, Einschränkung des Militarismus und der Beamtenherrschaft und Bekämpfung des Kapitalismus.

1893 konnte die Vielzahl antisemitischer Parteien und Gruppierungen in der Reichstagswahl ihre größten Erfolge verzeichnen. Im Kreis Büdingen rekrutierten sich die Wähler der Antisemiten⁸ aus früheren Sympathisanten der Nationalliberalen, der Deutsch-Freisinnigen und der Konservativen, d.h. ehemaligen oder potentiellen Wählern Oriolas, nicht der Sozialdemokraten. In Oberhessen standen damit die Antisemiten Böckelscher Prägung als eine Bewegung von unten in direkter Konkurrenz gegen die konservative Einvernahme und Rückeroberung des flachen Landes durch den Bund der Landwirte, dem Graf Oriola in der Provinz Oberhessen seit der Gründung 1893 vorstand. Der Bund betrieb, und dies erfolgreich, die Spaltung der Wählerschaft des flachen Landes, machte verloren gegangenen Boden auf dem Lande für die Konservativen wieder gut. Köhler kennzeichnete seine Beziehungen zum Bund der Landwirte folgendermaßen: "mit den Reaktionären vom Bund der Landwirte, so-

5 Deutsche Volkswacht 6.2.1897

6 Eindrucksvolle Beispiele für den "linken" Jargon finden sich in der Deutschen Volkswacht und bei Eugen Schmahl, in dessen Beschreibung der antisemitischen Bauernbewegung in Hessen, in: ders. Wilhelm Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen 1933

7 Deutsche Volkswacht 23.1.1897

8 nach Eugen Schmahl, Wilhelm Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen 1933, S. 81

weit sie im Landtag sitzen, habe er gebrochen. Er nennt sie eine mechanisch durch-durcheinander gemischte Gesellschaft und gibt als ihr Ziel an: die Gunst der Regierung, das Interesse der reaktionären Pächterschaft und Manschettensbauern und der verschiedenen kleinen Kasinos in den Städten."⁹ Köhler hatte in wenigen Worten die damals noch vorhandene gesellschaftliche Exklusivität von Oriola und dessen Gesinnungsfreunden erfaßt. Diese Konkurrenzsituation konkretisierte sich auch in der direkten Auseinandersetzung mit der Person des Grafen, der als zugereister Preuße und Gutsbesitzer wie als Konservativer und führender Bündler im Großherzogtum zunächst für die Antisemiten nicht akzeptabel war.¹⁰ Oriolas Gegner waren 1893 die antisemitischen "Bauernbataillone", die sich auch in seinem Wahlkreis als regional begrenzte Protest- und Reformbewegung der Bauern, mit eigenem Führungspersonal wie dem Reichstagskandidaten von 1893, Johannes Bähr, formiert hatten. Köhler würde sich in Gießen-Grünberg-Nidda allerdings mit den Gießener Nationalliberalen, durch deren enge Bindung an Handel und Industrie, anders auseinander zu setzen haben, als Johannes Bähr mit Oriola in Friedberg-Büdingen, wo die Antisemiten feststellen mußten, daß ihnen Oriola weder im Politischen noch im Agrarischen eigene Spielräume außer dem Antisemitismus beließ.

Wie sehr Oriola alle wesentlichen Themen im politischen und agrarischen Bereich besetzt hatte, zeigte eine Rede, die er im Reichstagswahlkampf 1898 in Friedberg hielt. Oriola bekannte sich "als einen treuen Anhänger des jetzt geltenden allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts, für dessen Sicherung er der Vorlage zur Einführung von Wahlcouverts zugestimmt habe... erklärte, daß er ein Gegner der Umsturzvorlage, des preußischen Vereinsgesetzes gewesen sei und für die Freiheit der Verbindung von inländischen Vereinen gestimmt habe. für ... Militär-Vorlage und die Flotten-Vorlage ohne Mehrbelastung der schwächeren Schultern ... zum Wucherparagraphen klarzustellen, wie er Unrecht bei Jedermann verfolge, wie er die konfessionellen Anschauungen eines jeden seiner Mitbürger achte, ... jede geringschätzende Äußerung über Andersglaubende vermieden werde ... aufrichtigen Freund der Feldbereinigung ... Kornpreise angemessene Schutz ... irrtümlich, wenn man behaupte, ein kleiner Landwirt der Wetterau, der nur 10-15 Morgen Land habe, er habe kein Interesse am Weizenpreis. ... gegen ein Züchtigungsrecht nach der Gesindeordnung ..."¹¹

Mit diesen Aussagen konnte Oriola sowohl im antisemitischen wie im bürgerlichen Lager bestehen; in den Stichwahlen zeigte es sich, daß er auch für städtische Wähler,

9 nach Schmahl, Seipel, a.a.O., S. 95

10 so auch Inge Schlotzhauer-Günther, "Praktischer Antisemitismus". Otto Hirschel (1862-1919), in Wetterauer Geschichtsblätter 38/1989, S. 181

11 O.A. 27.5.1898

über die konservativen Nationalliberalen hinaus, wählbar war. Er war kein Reaktionär - das sollen sogar in der Versammlung anwesende Sozialdemokraten geäußert haben - wie sein nationalliberaler Landtagskollege Jöckel aus Friedberg, der 1902 in der Landtagsdebatte über die Einführung des direkten Wahlrechts für den Landtag abhängig Beschäftigten ein Wahlrecht abgesprochen hatte.

Im agrarischen Kernbereich begann sich die Programmatik des Bundes und der Antisemiten mehr und mehr anzunähern. Grundlegend von den Antisemiten unterschied sich Oriola dagegen dort, wo er sich gegen ausgrenzende Sondergesetze für Juden aussprach. Die Bekämpfung des Wuchers auf dem Lande, gleichgültig ob durch Christen oder Juden, war für ihn eine dringende Erfordernis dieser Jahre; die Aufhebung der Emanzipation stand nicht zur Debatte. Oriola definierte seine Haltung zu den Juden im Sinne Treitschkes; es ging ihm wie vielen seiner konservativen Zeitgenossen darum, die Juden aufzufordern, sich zu assimilieren, national zu werden.

Der antisemitische Protest von unten bezog das flache Land, die Bauern und die Bevölkerung der Dörfer weitgehend ein; Beamte, Kaufleute, Arbeiter, städtische Bürger grenzte er aus, stieß er in seiner Radikalität ab. Aber Ausschließlichkeit war für diese Bewegung überlebensnotwendig, nur in der Mobilisierung aller Bauern, mehr noch des "Landvolks" hatte sie die Chance auf der Ebene des Wahlkreises mehrheitsfähig zu werden. Die Formierung und Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung - die Reichstagswahlen sahen viele Dörfer, insbesondere im Antisemitenland um Nidda, Hungen und Lich, in denen ausschließlich Stimmen für den Antisemiten abgegeben wurden - zeigte sich als notwendig, um die Stichwahl zu erreichen.

Oriola und dem Bund der Landwirte gelang es allerdings, die antisemitische Bewegung in Friedberg-Büdingen 1893 in der Stichwahl zu besiegen und ab 1898 ihr darüber hinaus auch den Weg in die Stichwahl zu versperren. Das hatte mehrere Gründe. Der südliche Kreisteil und die Gebiete entlang der Eisenbahnen hatten sich mehr und mehr zu ökonomisch stabilen Landwirtschaftsgebieten entwickelt, die von der steigenden Nachfrage der Frankfurter, Offenbacher und Hanauer Industriezonen nach Lebensmitteln profitierten. Diese Landwirte hatten bald etwas zu verlieren und sahen ihre konkreten Interessen in der Person Oriolas weitaus angemessener vertreten als durch einen renitenten Antisemiten. Für ihre Interessen war es nicht von Nachteil, daß Oriola kein praktizierender Landwirt war, war er doch als Agrarier, den Interessen der Pächter der Hofgüter, der Landwirte, Müller und Gastwirte, die erst in den Führungsgremien der Nationalliberalen, später des Bundes der Landwirte arbeiteten, verpflichtet. Der entscheidende Vorzug Oriolas war seine Vertrautheit mit dem gesellschaftlichen und politischen Leben der Reichshauptstadt Berlin. Das konnte

keiner der antisemitischen Kandidaten bieten, weder Böckel, noch Pickenbach, Bähr, Köhler oder Werner. Köhler und Bähr konnten zwar darauf verweisen, daß sie, im Gegensatz zu Oriola, Bauern waren. Dies mochte sie gegenüber den Kleinbauern als Bauernkandidat legitimieren, erwies sich für die Vertretung von Interessen aber als Nachteil. Beide - Bähr für Friedberg-Büdingen wie Köhler für Gießen-Grünberg-Nidda - waren als Landwirt bzw. Bauer in einer Zeit, in der der Reichstagsabgeordnete noch keine Diäten bezog, nur höchst selten in der Lage, an den Sitzungen des Reichstags teilzunehmen. Auf der obengenannten Wahlversammlung zog sich Bähr den Unmut der Besucher zu, als er, von den Nationalliberalen mit dem Vorwurf konfrontiert, daß die Antisemiten bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag gefehlt oder unterschiedlich abgestimmt hätten, darauf antwortete, es wäre eine Zumutung den "Reichstagsquatsch" anzuhören.¹² Köhler kostete seine geringe Teilnahme an den Reichstagsitzungen 1903 sogar die Wiederwahl. So wurde aus einem Vorteil, nämlich Bauer zu sein, ein Nachteil; aus einem scheinbaren Nachteil - Oriola war kein Bauer sondern lebte von Erträgen seiner Güter und Kapitalien - ein Vorteil.

Mit Oriola wählte man in Friedberg-Büdingen einen agrarischen Interessenvertreter, mit Köhler in Gießen-Grünberg-Nidda den letztlich ohnmächtigen Protest. Die Stimmabgabe für die Antisemiten wie die Wahl eines antisemitischen Reichstagsabgeordneten war Zeichen für einen fundamentalen Protest, nicht für die Vertretung von konkreten Interessen, denn gleichgültig in welcher Konstellation und unter welcher Bezeichnung sich die Antisemiten im Reichstag zusammenfanden, sie blieben, selbst in der Zeit ihrer größten Erfolge, in Berlin Exoten. Dort änderten sie nichts, das lag weniger am politischen Gegner sondern daran, daß sie mit ihren wenigen Sitzen und mit der Vielzahl ihrer sich oft feindlich gegenüberstehenden Strömungen und Richtungen von agrarisch bis antisemitisch, von konservativ bis demokratisch sich selbst blockierten. Die Antisemiten blieben so in Friedberg-Büdingen durch die positive wirtschaftliche Entwicklung wie durch die Person Oriola und den Bund der Landwirte auf kleinbäuerliche Bereiche beschränkt, in denen Armut und wirtschaftliche Beschränktheit zum Protest führte.

In Gießen-Grünberg-Nidda standen die Antisemiten bis 1903 gegen Nationalliberale und Bündler einerseits und Sozialdemokraten andererseits. Erst als das konservative Bündnis im Reich, aufgrund der immer einseitigeren Durchsetzung agrarischer Interessen durch die Bündler, auseinanderfiel und auch in Gießen die Bündler sich von den Nationalliberalen wegen der Zusammenarbeit von Nationalliberalen und Freisinnigen abwandten, zogen Antisemiten und Bündler gemeinsam in die Reichstagswahlen. Nach der Niederlage von 1903 konnte Köhler als gemeinsamer Kandidat des

12 Oberhessischer Anzeiger 27.5.1898

Bundes der Landwirte und der Antisemiten 1907 seine Stimmenzahl in der Haupt- wie in der Stichwahl wesentlich erhöhen. Das Zusammengehen von Antisemiten und Bündlern entzog den Nationalliberalen den Zugang zu den konservativen ländlichen Stimmen.

Die Formierung des Antisemitenlandes

Beeindruckend war die Höhe der Stimmabgaben für die Antisemiten in einzelnen Dörfern. Bei der Reichstagswahl von 1912 entfielen in Bettenhausen alle abgegebenen 102 Stimmen auf sie; ähnlich hoch lagen die Wahlergebnisse in den Hochburgen Bellersheim, Dorf-Güll, Eberstadt, Langd, Muschenheim, Nonnenroth, Ober-Bessingen, Ober-Hörgern, Rabertshausen, Rodheim, Nieder-Seemen, Unter-Seibertenrod, Volkartshain, Borsdorf, Dauernheim, Geiß-Nidda, Gettenau, Heuchelheim, Michelnau, Ober-Widdersheim, Unter-Widdersheim, Wallernhausen und Wippenbach. Die genannten antisemitischen Hochburgen, Bauerndörfer um Hungen, Lich und Nidda, stellten innerhalb des Wahlkreises Gießen-Grünberg-Nidda den harten Kern des Antisemitenlandes dar.

Was geschah in diesen Dörfern vor und zwischen den Reichstagswahlen ? Über die Mobilisierung der Bauernbataillone und ihrer ländlichen Hilfstruppen in Wallernhausen, einem kleinen Dorf unweit Niddas, berichtete 1912 die antisemitisch-agrarische Neue Tageszeitung: "Wallernhausen war seit je her eine Hochburg der nationalen Volksbewegung. Arbeiter, Geschäftsmann und Landwirt stehen bei uns einträchtig zusammen und sind nur von dem Wunsch beseelt, der Sache des Vaterlandes zu dienen und zum Siege zu verhelfen. So ist es hier schon seit mehr als zwei Jahrzehnten gewesen und alle Versuche Zwietracht zu säen, sind an dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung gescheitert. Einer für Alle und Alle für Einen, denken Arbeiter und Bauern; sie alle wissen, daß sie aufeinander angewiesen sind und daß Zwietracht nur dem lachenden Dritten, dem ausbeutenden Großkapital und dessen roten Helfershelfern von Nutzen sind. ... letzte Reichstagswahl 154 Stimmen für Dr. Werner, 2 Stimmen für den Sozialdemokraten! Groß und allgemein war die Freude als der Sieg im Wahlkreis bekannt wurde. Jung und alt zogen mit Musik auf den Niddaer Berg, um dort ein Freudenfeuer anzuzünden. Beim Absingen einiger Vaterlandslieder und nach einem ausgebrachten Hoch loderten die Flammen mächtig empor."¹³

Erstaunlich war die Kontinuität wie die Geschlossenheit im Wahlverhalten in Wallernhausen von 1890 bis 1912, und das Berichtete läßt sich auch auf die anderen Hochburgen übertragen. Dörfer, in denen seit 1890 konstant bei Reichstagswahlen fast alle abgegebenen Stimmen auf den antisemitischen Kandidaten entfielen, waren alles

andere als eine Seltenheit. Diese Stimmenzahlen ließen sich nur erreichen, wenn - und das Ergebnis der Wahl schien dem Korrespondenten Recht zu geben - alle Männer im Dorf, gleichgültig, ob sie sich zu den Führungsgruppen, den Landwirten oder den Kleinbauern zählten, gleichgültig, ob sie Knecht oder Tagelöhner, Schmied oder Krämer waren, sich für die Antisemiten und gegen die Stadt, für den bäuerlichen Kandidaten und gegen den Kommerzienrat oder den linksliberalen Pfarrer in der Stimmabgabe entschieden. Es gab allerdings auch einige wenige, die in diesen Dörfern nicht antisemitisch wählten, als Vorstufe der Realisierung abweichenden Verhaltens der Wahl fernblieben. Bei dem immensen Druck, der auf einen möglichen Abweichter lastete, denn das Geheimnis der Wahlentscheidung war bei der Überschaubarkeit der Dörfer trotz der Einführung von Wahlkabinen auch nach 1903 nicht gewahrt, mußten sich der junge, national-sozialen Ideen nahestehende Pfarrer oder Lehrer wie die mit den Sozialdemokraten sympathisierenden Söhne von Kleinbauern, die als Soldaten in der preußischen Garnison und als Weißbinder oder Maurer in der Stadt mit sozialistischen Ideen in Berührung gekommen waren, wie die kleinen Leute, die abhängig vom Bürgermeister oder von den größeren Bauern waren, es sich gut überlegen, der Wahl fernzubleiben oder abweichend zu wählen.

Was in diesen Dörfern sich um die Reichstagswahlen herum abspielte, darauf sind Antworten gegeben. Aber was fand zwischen den Reichstagswahlen im Antisemitentland wie in den roten Bezirken statt? Es zeigt sich, daß die Antisemiten, und für die Sozialdemokraten gilt dies ähnlich, ein Doppelgesicht hatten; beide waren politische Parteien wie gesellschaftliche Milieus. Beide bezogen ihre Stärke daraus, daß sie ihre Anhänger - und der Begriff verdeutlicht nur sehr unzureichend die Qualität der Verbindung zwischen den beiden Gruppierungen und ihren Wählern - nicht nur kurzfristig politisch mobilisieren sondern kontinuierlich in einen je eigenen Lebenszusammenhang stellen wollten. Die Antisemiten wollten aus Bauern ein Landvolk machen; die Sozialdemokraten aus unorganisierten Arbeitern eine bewußte Arbeiterklasse. Daß dies keine theoretische These sondern eine idealtypische Beschreibung des Vorgangs der Formierung einer Klassengesellschaft auf dem Lande ist - die Ausnahmen werden gleich vorgestellt - zeigte in beiden Wahlkreisen das Fußfassen der Sozialdemokraten in einer Gemeinde nach der anderen und deren stetig anwachsende Stimmenzahl. In Friedberg-Büdingen erhielten sie 1898 in allen Gemeinden des Reichstagswahlkreises, außer in Vonhausen, Stimmen; vorbei war damit die Diasporasituation von 1893, wo die Sozialdemokratie Stimmen, wenn auch sehr zahlreich, alleine in den Arbeiterwohngemeinden und in den Städten erhielt.

Im Realen vollzog sich die Formierung der Klassengesellschaft auf dem Land nicht als einseitiger, den Menschen übergestülpter Prozeß, denn es zeigte sich, daß nicht allein die gesellschaftliche Basis sondern weitaus mehr Agitation und Organisation, um

auch hier im Sprachgebrauch der Zeit zu bleiben, zur Bildung von Klassenbewußtsein führten. In dem Fabrikort Hirzenhain, dem Standort der Buderusschen Eisenwerke, wurde in diesen Jahrzehnten, nicht wie zu vermuten wäre sozialdemokratisch, sondern nationalliberal und antisemitisch gewählt. Hier, wo die objektiven Voraussetzungen für die Sozialdemokraten bestens waren, fehlte ihnen die Organisation. Andernorts schuf die rege Agitationsarbeit von Philipp Scheidemann und Eduard David Organisation wie Bewußtsein, ebnete der Sozialdemokratie gegen den heftigen Widerstand der Antisemiten auch auf dem Land den Weg.¹⁴

Dieser kontinuierliche Vorgang der Gewinnung von Klassenidentität durch Kommunikation der Organisation und Zusammenhalten der eigenen Anhänger, von Einbindung und Ausgrenzung gab diesen Volksbewegungen ihre besondere Stärke wie ihre Schwäche. In diesen Jahrzehnten bildete sich in Oberhessen auf dem Land eine Klassengesellschaft mit klar abgegrenzten Milieus heraus. Diese Milieus standen sich nicht nur bei den Reichstagswahlen feindlich gegenüber, sondern entwickelten je eigene bäuerliche wie proletarische Lebensstile und Lebensweisen. An Kleidung wie Habitus, an der besuchten oder gemiedenen Gaststätte, an der bezogenen Zeitung wie an der Zugehörigkeit zu diesem oder jenen Verein, erkannte man sofort, ob man einen Anhänger der Antisemiten oder der Sozialdemokraten vor sich hatte.¹⁵

Milieubildung bedeutete immer Einbindung wie Ausgrenzung, das wurde deutlich bei der Wahlrechtsdebatte im Hessischen Landtag, in der sich Antisemiten und Sozialdemokraten grundsätzlich über die Einführung des direkten Wahlrechts einig waren. Die Antisemiten waren aber darüber hinaus für die Privilegierung des Landes und die Einbeziehung der bisher ausgeschlossenen Haussöhne; sie waren gegen die Zuteilung neuer Landtagsmandate als Folge der gestiegenen Einwohnerzahlen der Städte und insbesondere waren sie dafür, durch bürokratische Zugangsberechtigungen (Alter, Steuerzahlung, Aufenthaltszeit) soviel "Schlammbeissern" als möglich, die Teilnahme an den Wahlen zu verwehren. Was für den Landtag galt, wiederholte sich auf der Ebene des Dorfes; die Antisemiten fürchteten, daß mit dem Zuzug von Arbeitern sich die politischen Verhältnisse im Dorf ändern könnten und wehrten diesem mit allen Mitteln ab, sorgten durch bürokratische Willkür sogar für den Abzug von Arbeitern. Auch vor diesem Hintergrund kamen die Stimmergebnisse für die Vertreter der Antisemiten in ihren Hochburgen wie Trais-Münzenberg, Heuchelheim und Bellers-

14 vgl. dazu die wenigen erhaltenen Ausgaben der von Scheidemann und David in Gießen herausgegebenen "Mitteldeutschen Sonntagszeitung" und die einschlägigen Passagen in Philipp Scheidemanns "Memoiren eines Sozialdemokraten".

15 vgl. die typisierende Darstellung der Sozialdemokraten in dem Gästebuch Oriolas in Budesheim, in: Keller, a.a.O. Groß war allerdings die Enttäuschung auf gegnerischer Seite, wenn der sozialdemokratische Kandidat wie Heinrich Busold nicht dem Idealtyp oder Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators entsprach.

heim zustande. Gewerbliche Arbeiter gab es in diesen Dörfern kaum noch, ihnen wurde der Einzug ins Dorf verwehrt, der Abzug aus dem Dorfe nahegelegt. Und sollten sie im Dorf verbleiben, so würde der Gemeinderechner bei der Zulassung zur Landtagswahl sehr sorgfältig kontrollieren, ob nicht alte Steuerrückstände den Ausschluß von der Wählerliste mit sich brachten.

In den Gemeinden und es waren nicht wenige, in denen Bauern und Arbeiter lebten, waren die Frontlinien der ländlichen Klassengesellschaft allgegenwärtig. Das konnten nur bedingt Frontlinien innerhalb der Produktion sein, aber waren denn Landflucht und Leutenot anderes als massenhafte Verweigerung des Arbeitens auf dem Lande, sozusagen ein fortdauernder nur in Zeiten von Depressionen unterbrochener Generalstreik gegen die ländlichen Arbeitgeber. Die Frontlinien auf dem Lande fanden sich im Konsum- wie im öffentlichen und kulturellen Bereich.

Dem Rathaus und der Kirche,¹⁶ dem Wirtshaus und der Schmiede stellten die Arbeiter ihre Gaststätte, ihren Konsumladen wie die Eisenbahnhaltestelle gegenüber. Auf dem Tanzboden wurden durch die städtische Kleidung der Arbeiterfrauen dörfliche Traditionen in Frage gestellt, verloren durch den Einbruch der Stadt ihren seitherigen Wert. Generell gilt, daß Klassenauseinandersetzungen auf dem Lande sich vorzugsweise dort konkretisierten, wo es um dem Bruch mit der überkommenen kulturellen Hegemonie der Bauern ging. Antisemiten wie Sozialdemokraten gewannen ihre Identität und formten ihre Milieus durch Kommunikation und Organisation. Dabei war von kaum zu überschätzender Bedeutung das Mittel, das das Milieu täglich entstehen ließ, das diesem Weisung gab, den Sieg verkündete wie in der Niederlage tröstete: die Zeitung. Die Dörfer um Lich, Hungen und Nidda wurden nicht allein deswegen zum Antisemitenland, weil dort Bauern wohnten, sondern entscheidend dadurch, daß diese Bauern - zumindestens vom Herbst bis zum Frühjahr, im Sommer bestellten viele die Zeitung ab - Leser antisemitischer Zeitungen waren. 1903 wies die antisemitische Deutsche Volkswacht in einer Nachbetrachtung der verloren gegangenen Reichstagswahl in Gießen-Grünberg-Nidda auf die positive Beziehung zwischen antisemitischem Wahlergebnis und dem Bezug der Volkswacht in 104 Gemeinden hin.

16 Ob die hessischen Bauern damals noch einen betont konservativen und protestantischen Grundton hatten, wurde für die politische Ausrichtung schon in Frage gestellt. Auch ihre Kirchlichkeit, nicht ihr Protestantismus, ließ zu wünschen übrig. Der Kirchenbesuch der Erwachsenen in den antisemitischen Hochburgen lag im Durchschnitt unter 30 Prozent, was bedeutete, daß nur der vierte Teil der Erwachsenen am Sonntagsgottesdienst teilnahm. Die Bandbreite reichte dabei von 38 Prozent in Langd bis zu 22 Prozent in Rodheim, ein Wert, der von dem der Stadt Nidda mit knapp 17 Prozent nicht mehr weit entfernt lag. Ähnlich wie bei den Sozialdemokraten war mit der politischen Formierung der Bauernbataillone auch eine starke Zunahme weltlicher Veranstaltungen verbunden, wie die zahlreichen Bauernfeste der verschiedenen Gruppen im Sommer. Diese Feste und Treffen zeigten sich zwar nicht im Inhalt aber doch in Zeitaufwand und Attraktivität als eine Konkurrenz zum bisher allein dominierenden Angebot der Kirche. vgl. Jahresbericht über den kirchlichen und religiös-sittlichen Zustand der Gemeinden des Dekanates Nidda im Jahre 1912

Die Niederlage wiederum konnte sich die Volkswacht nur durch "Verrat" erklären. In Wirklichkeit war innerhalb des andauernden "Klassenkampfes" nichtbäuerliches Gedankengut durch den Bezug von preiswerten Frankfurter Zeitungen an bäuerliche Wähler herangetragen worden und deren Informationen und Kommentare hatte diese Bauern zur Stimmabgabe gegen Köhler veranlaßt. Es gelang den Antisemiten nicht, alle Bauern zu "immunisieren", die Dörfer völlig gegen Informationen und Meinungen aus den gegnerischen Bereichen abzuschotten, dazu waren die Arbeits- und Marktbeziehungen vieler Dörfer nach Frankfurt, Friedberg oder Gießen zu eng; die Eisenbahn in vielen Fällen schon zu nah.

Der Aufbau einer Klasse, zumal noch einer regionalen wie der der Antisemiten, war vergleichbar mit der Arbeit des Sisyphus; der Stein wurde einmal mit mehr, einmal mit weniger Kräften bewegt, aber er erreichte nie sein Ziel, sondern nur unterschiedliche Höhen auf dem Wege zum Ziel.

Köhler=Langsdorf, der Bauernkönig, und Waldemar Graf Oriola, der Anführer der Sammlungsbewegung

Bauernbataillone wie Sammlungsbewegung sind und waren zunächst einmal Begriffe für Bewegungen und Strategien im gesellschaftlichen und politischen Raum; lebendige Gestalt erhielten sie erst durch die beiden Anführer, den Bauernkönig und mehrfachen antisemitischen Reichstagsabgeordneten Philipp Köhler und den Anführer der konservativen Sammlungsbewegung in Stadt und Land, den rechtsnationalliberalen und bündlerischen Reichstagsabgeordneten Waldemar Graf Oriola. Im folgenden werden einige der Voraussetzungen der Erfolge wie der Niederlagen Oriolas und Köhlers, soweit sie in den Personen zu finden sind, beschrieben. Das hat wenig mit der Rekonstruktion einer politischen Biographie zu tun; für Oriola und Busold liegt diese vor, für Köhler wäre diese Rekonstruktion wichtig und reizvoll.¹⁷ Die folgende Auseinandersetzung mit Köhler und Oriola wird manchmal holzschnittartig, überzeichnend sein; dies sei erlaubt, um die politischen und gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den Personen wie den von ihnen vertretenen Lagern scharf herauszuarbeiten. Denn was schon die Beschreibung der beiden Bewegungen vermuten ließ, gilt auch für deren Anführer. Bei näherem Betrachten zeigt es sich, daß die Unterschiede in Auftreten, Vermittelbarkeit und Kompetenz, in der Kompromißfähigkeit im Programmatischen wie die jeweilige Bedeutung für die Mobilisierung und Formierung der politisch-sozialen Basis beträchtlich waren, der Erklärung bedürfen und gleichzeitig einen Einblick in zwei Arten der Formierung politischer Macht geben.

¹⁷ vgl. bei Keller, a.a.O., für Köhler sind mir neben den vielen zeitgenössischen Nachrufen als jüngerer Überblick nur die Angaben in der NDB bekannt.

Die Herausarbeitung dieser unterschiedlichen Führungstypen ist auch deshalb notwendig, da es nach wie vor vorkommt, daß die Antisemiten wie ihr Reichstagsabgeordneter Köhler dem konservativen Lager zugerechnet werden.¹⁸ Das macht keinen Sinn. Wie vorher schon beschrieben, begannen die Antisemiten Böckelscher Prägung im oberhessischen Raum als anti-jüdischer, anti-konservativer und anti-bürokratischer Protest von unten. Anti-konservativ blieb man auch später, als man sich als Bauernbewegung im Gießener Raum stabilisiert hatte, zumindest bis zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses bzw. des politischen Bündnisses mit dem Bund der Landwirte in Anspruch wie in Realität. Wie antikonservativ, gegen Vaterland, Thron und Altar, Antisemiten agitieren konnten, bewies deren Reichstagskandidat Bindewald im Wahlkreis Lauterbach-Schotten-Alsfeld, dessen anti-bürgerliche Radikalität und "allzu scharfer demokratischer Zug" viele Pfarrer, die durchaus mit den Antisemiten sympathisierten, 1903 lieber den nationalliberalen Kreisrat wählen ließ.¹⁹

Die Führungsperson der konservativen Sammlungsbewegung, Waldemar Graf Oriola, wie die der Bauernbataillone, Köhler= Langsdorf, trennten Welten, hier der Konservative, der eine politisch definierte Sammlungsbewegung gegen die Sozialdemokratie, für Kaiser und Reich hinter sich sammelte, dort der auf ein gesellschaftliches Lager festgelegte renitente bäuerliche Reformler und Antisemit. Köhler begann sein politisches Wirken in einer Protestbewegung, deshalb ist es erst einmal leichter zu sagen, gegen was er war. Köhler war gegen Junker, gegen Juden, gegen die Teiler, sprich: die Sozialdemokraten, gegen die Großstadt, gegen das Großkapital, gegen Industrie, gegen Bürokratie, gegen Preußen, er war anti-bürgerlich und er war, vielleicht aber mehr noch seine Anhänger, anti-klerikal. Köhler war wiederum für die Ausweitung der staatlichen Erziehung, für eine Sozialreform auf dem Lande, nicht aber in der Stadt, für das direkte Wahlrecht, für die Presse- und Versammlungsfreiheit, für die Vermehrung des Militärs durch Besteuerung von Luxusgütern, bei Verzicht auf die Belastung der mittleren und unteren Klassen. Köhler sah sich von einer Welt von Feinden umgeben. Was das konkret bedeutet, lassen die Monatsvignetten der von der Neuen Tageszeitung herausgegebenen Bauernkalender erahnen: dem das ganze Jahr hindurch schwer arbeitenden Bauern stehen dem Müßiggang nachgehende und durch Handel ihr Geld verdienende Städter gegenüber, die in ihrer Physiognomie als Juden kenntlich gemacht sind. Köhler war praktischer Antisemit, Vertreter eines bäuerlichen Antisemitismus, der den Einfluß der Handels- und Viehjuden durch die Einführung judenfreier Märkte zurückdrängen wollte. Köhler war wahrscheinlich kein unversöhnlicher Judenhasser, wie die Antisemiten, die aus der Stadt, nicht vom Land kamen, die hinter allem und jedem die jüdische Verschwörung sahen. Im Nachruf der Neuen Ta-

18 So bei Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, in: Mitteilungen des oberhessischen Geschichtsvereins NF 45/1961, S. 42

19 Deutsche Volkswacht 8.8.1903

geszeitung vom 12.1.1911 auf Philipp Köhler hieß es u.a.:" Demokraten und Konservative, Juden und Christen zählten zu seinen Freunden".

Köhler begann antisemitisch-sozialreformerisch, endete bauerndemokratisch, daran änderte auch wenig sein Vorstandssitz in der oberhessischen Organisation des konservativen Bundes der Landwirte. Köhler war die Personifizierung der Bauerndemokratie. Als Bauer forderte er eine Gesellschaft der Gleichheit für Bauern und Mittelständler, nicht für "Kommerzienräte, Professoren und Proletarier", ein. Was das konkret bedeutete, zeigte der einzige sozialdemokratische Vertreter Oberhessens im Landtag, Heinrich Busold, in seinen Landtagsreden auf. Er verwies darauf, wie die Bündler und Antisemiten versuchten, in der Wetterau eine exklusive bauerndemokratische Gesellschaft, mit den politischen Möglichkeiten, die sie in den Dörfern innehatten, aufrechtzuerhalten oder durchzusetzen. Antisemiten nutzten ihre Position als Bürgermeister, als Gemeindevorsteher, als landwirtschaftlicher Arbeitgeber, als Wahlvorstand wie als Kontrolleur der gemeindlichen Krankenkasse, um das flache Land sowohl vor der Logik des Arbeitsmarktes als auch vor dem emanzipatorischen Anspruch der Sozialdemokratie abzuriegeln. Busold hatte beobachtet, daß "vielfach gerade in Oberhessen eine Bevölkerungsabnahme auf den Dörfern zu verzeichnen ist, oder zumindestens ein Stillstand. Wenn man dann die Dörfer, um die es sich dreht, an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, so findet man sehr oft, ja meist, daß in diesen Dörfern in Jahrzehnten nicht ein einziges neues Haus errichtet worden ist. Diese Dörfer sind einfach eingerichtet für eine ganze bestimmte Zahl von Menschen, und niemand hilft, daß eine größere Zahl sich ansiedeln kann. . . . Man fürchtet vielfach, wenn die Arbeiter sich ansässig machen und so die Zahl der Arbeiter sich vermehrt, dann könnten mehr Leute der Armenpflege anheimfallen."²⁰

Als um die Nachfolge Köhlers die Diskussion entbrannte, wies der Niddaer Anzeiger, einen Monat nach Köhlers Tod im Februar 1911, in einer Nachbetrachtung über die politische Erbschaft Köhlers darauf hin, daß es unmöglich wäre, unter der Vielzahl der antisemitischen, völkischen und agrarischen Bewegungen einen direkten Erben Köhlers auszumachen. Begründet wurde dies damit, daß es bekannt sei," wie schwer sich seine kraftvolle Person in ein bestimmtes Parteischema pressen ließ. Köhler war (anfänglich) nationalliberal, später bald der einen, bald der anderen Partei beigetreten, lange Zeit ist er in keiner Partei gewesen. Bei seinem Tode war er Mitglied der Reformpartei, welche im Reichstag für sich alleine steht und der Wirtschaftlichen Vereinigung, zu der die Christlichsozialen und Deutschsozialen zusammengetreten, gar nicht angehört."²¹ Das Resümee des Beitrags war, daß Köhler eigentlich immer eine Partei für sich gewesen war.

20 Keller, a.a.O., S. 212f.

21 Niddaer Anzeiger 18.2.1911

Dieser Mangel an Disziplin, die Unfähigkeit sich politisch langfristig zu binden, erleichterte die Formierung einer Sammlungsbewegung in Gießen nicht. Deutlich wurden das Ausmaß der Probleme, die sich mit der Person Köhlers verbanden, in dessen Niederlage in der Reichstagswahl 1903. Im Wahlkampf hatte der nationalliberale Kandidat von 1890, Schlenke, zwar keine Schwierigkeiten in einem Beitrag im Niddaer Anzeiger seinen neuen Freunden aus dem Bund der Landwirte zu erläutern, warum diese den eng mit Handel und Industrie verbundenen Kommerzienrat Heyligenstaedt nicht wählen sollten, zumal sich dieser vor Ort für die Zusammenarbeit mit dem Freisinn ausgesprochen hatte. Viel größere Mühe bereitete es aber Schlenke, zwei zentrale Vorwürfe gegen Köhler auszuräumen, zum einen daß dieser in den letzten fünf Jahren kaum im Reichstag gewesen war und daß dieser zum anderen rauhe Manieren habe. Schlenke schrieb dazu: "Und doch hat er (Köhler 1898) seinen Wählern erklärt, daß er, solange keine Diäten gezahlt würden, den Reichstag nicht besuchen könne. ... Jetzt giebt der Bürgermeister Köhler die Erklärung ab, daß er im Falle seiner Wiederwahl den Reichstag so fleißig besuchen könne und wolle, wie die meisten anderen Reichstagsmitglieder auch." Und weiter. "Er (Köhler) habe rauhe Manieren, er mische sich in ungeschickter Weise ein in Dinge, von denen er nichts verstehe und trete dabei manchen Leuten auf die empfindlichen Hühneraugen. ... er ist ein Bauer, der geradeaus und ehrlich seine Meinung sagt, ... er hat einen offenen Kopf, einen ehrlichen Sinn und die Beharrlichkeit ... Noch steht der sozialdemokratischen Hochflut die Masse der deutschen Bauern als Schutzwall gegenüber ..." ²²

An der Person Köhlers schieden sich die Geister. Antisemitische Kandidaten waren von anderem Kaliber als Oriola, wo jener vermittelte, polarisierten diese. Oriola wurde zwar auch von Bauern gewählt, entsprach aber in keiner Weise in Habitus und Umgangsformen dem Typ des Bauernkandidaten, wie ihn Köhler verkörperte, der seine Wahlreden in der Art und Weise gehalten haben mag, wie dies Paul W. Massing in seiner "Vorgeschichte des politischen Antisemitismus" beschrieb: "Ein Bauernkandidat brauchte mehr Mut als Weisheit; Börsartigkeit und Angriffslust schätzte sein Publikum höher als Vernunft und Glaubwürdigkeit." ²³ Der Bad Nauheimer Anzeiger beschrieb das Auftreten Oriolas vor seinen Wählern folgendermaßen: "Leidenschaft und Impuls lagen ihm nicht und seine Sprechweise glich dem Konversationston seiner gesellschaftlichen Kreise. Mochte er in der Debatte von der Gegenseite noch so stark angegriffen werden, Graf Oriola blieb stets der Kavalier, dem Politik eine angenehme Sonntagsbeschäftigung war." ²⁴

22 Niddaer Anzeiger 13.6.1903

23 Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1986, S. 93

24 Aus dem Nachruf des Bad Nauheimer Anzeigers, abgedruckt in der Neuen Tageszeitung vom 19.4.1910.

Das Problem Köhlers lag also darin, in seiner Person wie in seinem Programm für Wähler jenseits seines Lagers nicht vermittelbar gewesen zu sein. Und dies nicht nur in dem vom Land aufgrund seiner Einwohnerzahl, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung besonders abgehobenen Gießen, sondern interessanterweise auch in den kleinen Städten, die in ihrer Ökonomie auf das Engste mit dem Land verwoben waren. Kein Zweifel, die Kehrseite des Bauernkönigs war der Bürgerschreck.

Köhler war andererseits in einer Bewegung, die sich als volksfreiheitlich vom Anspruch her verstand, ein wenn auch ungekrönter Bauernkönig. Das zeigte seine Beerdigung, die mehr als 1000 Trauergäste an seinem Grabe sah. Köhler war ein Bauernkönig einmal aus der Tradition heraus, seine Vorfahren hatten von 1614 bis 1844 den Schultheißen, von 1821 mehrfach den Bürgermeister in Langsdorf gestellt. Er zählte unter die ländlichen Patrizier; zu den Menschen, die kraft Herkommen zu der Führung im Dorf berufen waren. Man könnte aber auch sagen, daß die Bauern in Köhler, ihren, wie es in einer Bauerndemokratie nicht anders sein kann, gewählten und abwählbaren Bauernkönig sahen. Köhler wurde von ihnen mehrfach zum Reichstagsabgeordneten und zum Bürgermeister von Langsdorf gewählt, aber ebenso entzogen ihm die Bauern mehrfach das Vertrauen, wie dies die Wahlniederlage von 1903 deutlich machte, die durch - so die Volkswacht - den Verrat bäuerlicher (!) Kreise ausgelöst wurde und dazu gehört auch die eindeutige Niederlage Köhlers bei der Bürgermeisterwahl in Langsdorf 1906, wo er seinen Mitbürgern mit den Ausgaben für Feldbereinigung, Straßenbeleuchtung und Pflasterung der Straßen zu viel zugemutet hatte.

Ein letzter Hinweis, der noch einmal eindrucksvoll die Unterschiede zwischen den beiden Männern in Herkunft und Verbindung zu ihren Milieus wie den Charakter der sie tragenden Bauernbataillone bzw. der konservativen Sammlungsbewegung aufzeigt. Waldemar Graf Oriola starb 1910, ein Jahr danach Philipp Köhler, vier Jahre später, 1915 der Sozialdemokrat Heinrich Busold, der Reichstagsabgeordnete für Friedberg-Büdingen von 1910 bis 1912. Köhler und Busold wurden von ihren Anhängern durch besondere Grab- und Gedenksteine geehrt.²⁵ Der schwarz-weiß-rote Oriola blieb über seinen Tod hinaus seiner Herkunft verhaftet. Keiner seiner Wähler, keiner seiner Mitstreiter kam auf die Idee, dem zweifellos erfolgreichsten der drei Reichstagsabgeordneten ein Denkmal zu setzen. Busold und Köhler lebten noch lange in den Erinnerungen ihrer Anhänger fort, Oriola hingegen war in den Dörfern der Wetterau schnell vergessen.

²⁵ Ob wirklich ein Denkmal für Philipp Köhler errichtet wurde, konnte vom Verfasser bisher noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Zweifelsfrei steht allerdings fest, daß sich 1911 ein Ausschuß zur Errichtung eines Denkmals für Philipp Köhler gegründet hatte. Dessen Vorstellungen, dieses Denkmal in Langsdorf zu errichten, scheiterten an der Haltung des dortigen Gemeinderats. Darauf wurde ein neuer Versuch in Bettenhausen unternommen. Zur Beerdigung Busolds und Oriolas, vgl. Michael Keller a.a.O.

Quellen

Oberhessischer Anzeiger und Friedberger Zeitung

Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung (Gießen)

Neue Tageszeitung (Friedberg)

Friedberger Neue Zeitung

Niddaer Anzeiger

Deutsche Volkswacht (Offenbach/Friedberg)

Hessischer Bauern-Kalender 1908 (Friedberg)

Bauernkalender, 1909, 1911-14 (Friedberg)

H. Krapp: Hessische Schulstatistik, Gießen 1910

Eduard David, Sozialismus und Landwirtschaft, Leipzig 1922

Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928

Eugen Schmahl, Wilhelm Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen 1933

Wichtige regionale Literatur in Auswahl

Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, NF 45/1961, S. 1ff.

ders., Der politische Antisemitismus im Kaiserreich (1871-1900) unter besonderer Berücksichtigung des mittelhessischen Raumes, in: Mitteilungen des oberhessischen Geschichtsvereins NF 53/54/ 1969, S. 43ff.

Rüdiger Mack, Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen (1887-1894), in: Wetterauer Geschichtsblätter 16/1967, S. 113 ff.

Inge Schlotzhauer-Günther, "Praktischer Antisemitismus". Otto Hirschel (1862-1919), in: Wetterauer Geschichtsblätter 38/1989, S. 169ff.

Michael Keller, Heinrich Busold - Ein Sohn des Volkes will ich sein. Sozialdemokratie in einer ländlichen Klassengesellschaft zwischen 1870 und 1915, in: ders. und Herfried Münkler (Hrsg.), Die Wetterau - Landschaft zwischen Tradition und Fortschritt, Friedberg(Hessen) 1990, S. 147ff.

ders., Waldemar Graf von Oriola 1854-1910. Ein konservativer Agrarier zwischen Büdesheim, Darmstadt und Berlin, in: Gemeinde Schöneck (Hrsg.), Büdesheim 817 - 1992, o.O. (Schöneck in Hessen) o.J. (1992), S. 299ff.

Über die Ansätze der neueren Forschung:

Robert von Friedeburg, Dörfliche Gesellschaft und die Integration sozialen Protestes durch Liberale und Konservative im 19. Jahrhundert. Desiderate und Perspektiven der Forschung im deutsch-englischen Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft 17/1991, S. 311ff.